

Universitätsklinik droht kritischen Ärztinnen

Mit Härte wehrt sich das Universitätsklinikum Marburg-Gießen, gegen die Bürgerinitiative „Notruf 113“, die Defizite in der ärztlichen und der pflegerischen Versorgung angreift

Marburg. Die Marburger Allgemeinmedizinerin Dr. Ulrike Kretschmann und die Orthopädin Dr. Susanne Deuker erhielten vor Weihnachten Post von einer Münchner Anwaltskanzlei. Inhalt des Schreibens: Die beiden Medizinerinnen wurden namens des Universitätsklinikums Gießen und Marburg aufgefordert, sich künftig nicht mehr negativ über das Unternehmen zu äußern. Sie sollten sich in einer so genannten Unterlassungsverpflichtungserklärung verpflichten, ihre Vorwürfe gegen das Universitätsklinikum künftig nicht mehr zu wiederholen. Jeder Verstoß gegen die Erklärung soll mit einer Vertragsstrafe von 15 000 Euro bestraft werden. Zudem droht das Klinikum, Schadensersatzansprüche in Höhe von 100 000 Euro geltend zu machen.

Kretschmann und Deuker sind Mitglieder der Bürgerinitiative „Notruf 113“, die einen Zusammenhang zwischen der Privatisierung des Universitätsklinikums und Defiziten in der ärztlichen und pflegerischen Versorgung sieht. Die beiden Ärztinnen hatten in der Öffentlichkeit, unter anderem in einer Fernsehsendung, wiederholt entsprechende Missstände angeprangert. Unterschrieben haben die geforderte Unterlassungserklärung weder Dr. Kretschmann noch Dr. Deuker. „Wir lassen uns nicht mundtot machen“, sagen beide Medizinerinnen übereinstimmend der OP. „Als Ärzte sehen wir uns in der Pflicht, die Öffentlichkeit über Missstände am Universitätsklinikum aufzuklären, von denen wir von unseren Patienten erfahren“, sagt Dr. Susanne Deuker, und Kretschmann ergänzt: „Das Geld, das der Rhön-Konzern für teure Anwälte bezahlt, um uns einzuschüchtern, sollte er lieber in die Patientenversorgung stecken. Frank Steibli, der Pressesprecher des Universitätsklinikums Gießen-Marburg, sagte der OP, es gehe der Klinik allein um die korrekte Berichterstattung. Man wehre sich gegen Falschmeldungen, die immer wieder in der Öffentlichkeit aufgegriffen würden. So entspreche es nicht der Wahrheit, dass eine Patientin aus einem Klinikbett gefallen sei. Die Patientin sei vielmehr auf dem Gang zur Toilette gestürzt. „Das ist tragisch, macht aber für die Bewertung des Falles einen großen Unterschied“. Auch Kretschmann und Deuker betonten Gesprächsbereitschaft, wollen aber auch künftig nicht auf Öffentlichkeit verzichten: „Das ist die einzige Chance, die wir haben, um Änderungen zu erreichen“, sagt Kretschmann. „In dem Moment, in dem die Missstände am Klinikum dauerhaft abgestellt sind, wird es die Bürgerinitiative ‚Notruf 113‘ nicht mehr geben.“

von Till Conrad